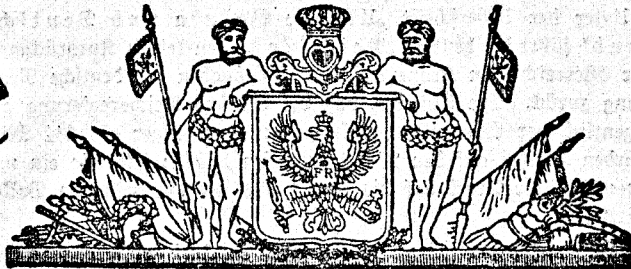


Wossische



Zeitung

Begründet

1704

Einzelne Nummer

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

30 Pfennig

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): I. V.: Dr. Edwards, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 660.

Die Auseinandersetzungen über Oberschlesien

Briands Note und Englands Standpunkt.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

* Paris, 22. Juli.

Ein Londoner Telegramm des „Petit Parisien“ teilt mit, daß in der Lord Curzon übergebenen französischen Antwortnote erneut auf die Notwendigkeit hingewiesen wird, in Oberschlesien eine Macht zu schaffen, mit der die Alliierten beide Parteien zwingen könnten, der Entscheidung des Obersten Rates, wie immer sie auch sei, vollständig zu gehorchen. Die französische Regierung sei daher der Auffassung, daß es, wie übrigens die drei alliierten Kommissare bereits verlangt hätten, unumgänglich notwendig sei, ohne Verzug neue Verstärkungen nach Oberschlesien zu senden. Sie ersuche deshalb Großbritannien, sich an einer solchen Vermehrung der militärischen Streitkräfte zu beteiligen und auf jeden Fall anzuerkennen, daß die Entsendung einer Division durch Frankreich eine Maßnahme sei, die durch kluge Voraussicht geboten erscheine. Schließlich besteht Briand darauf, daß ein Sachverständigenausschuß ohne Verzug damit beauftragt wird, das oberschlesische Problem eingehend zu prüfen und mit einstimmigen Schlussfolgerungen die zukünftige Grenzführung vorzubereiten. Nach Ansicht Briands könne bei Einhaltung dieses Verfahrens die endgültige Entscheidung des Obersten Rates über Oberschlesien in einer Ende August stattfindenden Sitzung getroffen werden.

Hierzu bemerkt „Petit Parisien“: Die Schnelligkeit, mit der die französische Regierung auf die englische Note geantwortet hat, ist ein unwiderleglicher Beweis dafür, daß man auch in Paris ebenso wie in London wünscht, so bald wie nur irgend möglich mit dem oberschlesischen Problem zu Ende zu kommen.

Nichts wäre ungerechtfertigter, als der Vorwurf systematischer Verschleppung. Der „Petit Parisien“ glaubt zu wissen, daß im Laufe der oft geführten Besprechungen zwischen Lord Curzon und dem französischen Botschafter in London der französische Vertreter zu wiederholten Malen den lebhaften Wunsch der französischen Regierung betont hat, die Frage so bald wie möglich zu lösen, aber auch die Sorge Frankreichs, ob man imstande sein werde, die einmal getroffene Entscheidung Deutschland sowohl wie Polen aufzuzwingen. Ob England sich letzten Endes der französischen These anschließen werde, sei leider wenig wahrscheinlich. „Petit Parisien“ bedauert, daß die beiden Regierungen, die wohl von dem gleichen Wunsche befeuert sind, schnell und zu einem nahen Zeitpunkt zu einer Lösung zu gelangen, über die Frage des einzuschlagenden Verfahrens soweit voneinander getrennt sind. Wie es heißt, wird die englische Regierung noch heute, sei es in einem Communiqué an die Presse, sei es durch eine Erklärung Lloyd Georges im Parlament, auf die französische Note antworten.

An anderer Stelle des „Petit Parisien“ wird ausgeführt, seit zwei Tagen stehe man der sonderbaren Tatsache gegenüber, daß ein und dieselbe Depesche der alliierten Kommissare in Opatowitz in einem verschiedenen, wenn nicht gar in einem völlig entgegengesetzten Sinne ausgelegt werde. Nach der französischen Version haben die alliierten Kommissare gleichzeitig die Entsendung neuer Verstärkungen und eine schnelle Lösung der oberschlesischen Frage verlangt, nach der englischen Version, die in die meisten Londoner Blätter übergegangen ist, verlangen die alliierten Kommissare eine schnelle Lösung des oberschlesischen Problems ohne die Entsendung von Verstärkungen. Aus dieser verschiedenartigen Interpretation würden von Frankreich und England entgegengesetzte Schlussfolgerungen gezogen: „Bevor wir die Frage regeln“, sagen die Franzosen, „beginnen wir damit, Verstärkungen zu entsenden.“ Und die Engländer antworten: „Regeln wir zunächst einmal die Frage, dann wird die Entsendung von Verstärkungen unnötig werden.“ Das Blatt regt an, daß die Botschafterkonferenz den Bericht der Kommissare der Öffentlichkeit übergebe. Die französische Version werde sich dann als völlig gerechtfertigt erweisen.

Marcel Hutin schreibt im „Echo de Paris“: Unter dem Vorhild Millerands wird heute im Rambouillet ein Ministerat stattfinden. Briand wird über die äußere Lage und über Oberschlesien sprechen und auseinandersetzen, warum er keine Eile habe, an der Sitzung des Obersten Rates teilzunehmen, solange die Sachverständigen nicht ernannt und die nötigen Verstärkungen nicht in das bedrohte Gebiet entsandt seien. Vorher könne der Oberste Rat doch nicht zu einer einstimmigen Entscheidung gelangen. Es sei also besser, die Sitzung auf Ende August oder Anfang September zu vertagen, da man in England das Bedürfnis fühle, Ferien zu nehmen. Die oberschlesische Frage sei so verwickelt, daß sie nur auf Grund ernsthaften Materials geprüft werden könne. In ein oder zwei Sitzungen sie übers Knie brechen

wollen, hieße, sagt Hutin, die grundlegende Notwendigkeit für Frankreichs Sicherheiten zu verkennen. Er glaube daher versichern zu können, daß trotz des Wunsches Englands die Boulogner Konferenz um einen Monat verschoben werde.

Bertinax führt im gleichen Blatt aus, daß sich hinter den äußerlichen Meinungsverschiedenheiten über das in Oberschlesien angebrachte Vorgehen zwei grundverschiedene Ansichten über die Deutschland gegenüber zu befolgende Politik verbergen. Die Engländer erwarten von der Achtung vor dem gegebenen Wort und von einer Reihe freundschaftlicher Abmachungen die normale Ausführung des Vertrages von Versailles und die friedliche Entwicklung des alten Gegners. Frankreich dagegen erwarte die Erfüllung der Bedingungen des Vertrages vom 28. Juni 1919 lediglich von der Macht, über die es verfügt. Frankreich sei sich darüber klar, daß, wenn es Deutschland gelingt, sich neuwings Polens und der Donauländer zu bemächtigen, von Rußland ganz zu schweigen, die Geschichte des letzten Jahrhunderts eine Wiederholung erfahren werde.

Eine französische Division unterwegs?

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

London, 22. Juli.

Die französische Regierung hat ihrer Drohung, neue Truppen nach Oberschlesien zu schicken, überraschend schnell die Tat folgen lassen. An bestinformierter, hiesiger Stelle wird bekannt, daß Paris es nicht für notwendig befunden habe, das Resultat des Meinungsaustausches mit London über diese Frage abzuwarten, und daß sich eine französische Division bereits auf dem Wege nach Oberschlesien befinde. Von der gleichen unterrichteten Stelle wird „Daily Chronicle“ mitgeteilt, daß dort die Entsendung weiterer französischer Truppen als nicht geeignet angesehen wird, die Situation zu klären. Man ist im Gegenteil der Ansicht, daß dadurch nur die Polen zu weiteren Angriffen auf die Deutschen provoziert werden. Wenn dieser Fall eintreten sollte, so sei es wahrscheinlich, daß die Deutschen sich rächen würden. Dann würden die Franzosen wieder einen Vorwand haben, um über Deutschland Bescherde zu führen und mit einer neuen Besetzung des Ruhrgebietes drohen zu können. Der Artikel, dessen halbhoftiger Ursprung klar hervortritt, bedauert, daß England zurzeit nicht genügend Soldaten entbehren und nach Oberschlesien senden kann, um den französischen dort das Gleichgewicht zu halten. Schließlich wird gesagt, daß Briands Kommission von Sachverständigen die oberschlesische Frage in keiner Weise lösen können, da sie nur an den Obersten Rat zu berichten haben würde. Dieser müsse daher so bald wie möglich zusammentreten.

London, 22. Juli. (E. E.)

„Daily Mail“ bringt heute die Nachricht, ein Kompromiß zwischen Frankreich und England könnte auf der Grundlage getroffen werden, daß, falls Lloyd George im Monat August seine Ferien nicht antreten könnte, weil das englische Parlament seine Tagungen ausdehne, der Oberste Rat Mitte August zusammentreten sollte. Es sei aber unbedingt notwendig, daß zuvor die Sachverständigen zusammentreten und beraten, weil eine Reihe von Fragen von ihnen geregelt werden müsse, und weil Lloyd George bei internationalen Beratungen immer die Gewohnheit habe, zu fragen, was die Sachverständigen zu sagen hätten. Zunächst müsse die Frage geprüft werden, unter welchen Bedingungen die oberschlesische Industrie nach Uebergabe dieses Gebietes an die Polen arbeiten solle. Vielleicht könnte man eine internationalisierte Kontrolle derselben einrichten. Auch von polnischer Seite liege hierüber ein Vorschlag vor.

London, 22. Juli. (W. T. B.)

Im Unterhause erwiderte Lloyd George auf Anfragen mehrerer Abgeordneter: Er könne über die Aushebung der Besetzung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort vor dem Zusammenritt des Obersten Rates keine Erklärung abgeben. Ferner erklärte Lloyd George, daß zur Lösung der oberschlesischen Frage kein Schritt erfolgen könne vor der nächsten Zusammenkunft des Obersten Rates, die noch den Gegenstand der Verhandlungen zwischen den alliierten Regierungen bilde.

Italien und Oberschlesien.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

mp Rom, 22. Juli.

Die offiziöse Agentur bemüht sich festzustellen, daß Frassati keineswegs einfach den französischen Schritt in Berlin unterstützt habe. Er habe sich entsprechend den römischen Weisungen damit begnügt, in freundschaftlichen Besprechungen die deutsche Regierung darauf aufmerksam zu machen, welche Gefahren die Bewaffnung deutscher Banden an der oberschlesischen Grenze herbeiführen könnte. Die italienische Regierung hat nach Empfang der deutschen Gegennote sofort den Warschauer italienischen Gesandten angewiesen, dort einen ähnlichen Schritt zu unternehmen.

Geschäft und Politik.

Von

Richard Ras,

Berichterstatter der „Wossischen Zeitung“.

Prag, 17. Juli.

Die „Czechoslovak Commercial Corporation of America“ in Prag, nach ihrem Gründer kurzweg „Boska A. G.“ genannt, hat gestern um das Ausgleichsverfahren über ihr Vermögen angeführt. Da sie ihren Gläubigern bloß fünf Prozent bietet, wird das Ausgleichsverfahren, das sogleich eröffnet worden ist, aller Wahrscheinlichkeit nach in einem Konkurs münden. Den Konkurs wird nicht nur die Höhe der ungedeckten Passiven bemerkenswert machen — schon jetzt spricht der Verwaltungsrat von 45,6 Millionen tschechischer Kronen und das wird kaum sein letztes Wort sein — sondern dieser Konkurs wird gleichzeitig der Bankrott eines Außenhandelsystems sein, dem politische Rücksichten wichtiger scheinen als wirtschaftliche Erwägungen. Nun gehört der gegenwärtige Handelsminister Dr. Sotoweb (zum Unterschiede von seinem jährlichen Amtsvorgänger Dr. Heidler) zu den eifrigsten Anhängern einer nach innen hin tschechnationalen und nach außen hin der Entente ergebenen Handelspolitik; er beweist das dadurch, daß er sich ständig weigert, den für die Tschechoslowakei lebenswichtigen Handelsvertrag mit Deutschland, dem Prager Parlament zur Ratifizierung vorzulegen, während er sich nach der politischen Freundschaftsseite hin beeilt, einen Handelsvertrag mit Frankreich abzuschließen, der der Einfuhr von Luxuswaren das Tor öffnet. Deshalb kommt dem Boska-Krach auch eine beträchtliche wirtschaftspolitische Bedeutung zu, denn es ist zu hoffen, daß er die Leute des gegenwärtigen Außenhandels politisch zur Vernunft bringen wird. Ist doch die Geschichte der „Czechoslovak Commercial Corporation of America“ ein Schulbeispiel dafür, wie sehr sich die Unterordnung geschäftlicher Interessen unter nationales Pathos rächt.

Diese Gesellschaft ist vom Captain Boska begründet worden, einem gebürtigen Tschechen, der in jungen Jahren nach Amerika ausgewandert war. Gleich zu Kriegsbeginn hatte sich Boska an die Spitze der antiosterreichischen und antideutschen Propaganda gestellt und sich der Entente durch geschickte Spionage nützlich gemacht. Er versorgte Nachrichtenmaterial aus Prag, er beeinflusste die politische Meinung der mehreren Millionen nach Amerika ausgewanderten Tschechen im Entente-Sinne. Er nützte seine Beziehungen zum Weißen Hause entsprechend aus, er organisierte, als Wilson den Krieg erklärt hatte, die tschechische Legion im amerikanischen Heere, und er gewann den Präsidenten für die weitestgehenden politischen Forderungen der Tschechen. Kein Wunder, daß Prag jubelte, als Captain Boska — kurz nach Masaryk — in seine alte Heimat zurückkehrte, daß der antische Pressebischof seine Biographie verbreitete, Minister ihn vom Bahnhof abholten, daß er bei keinem Raut des Premiers und bei keinem diplomatischen Tee fehlen durfte und daß sein Wort bei der Regierung mehr bedeutete als irgend ein anderes.

Monate lang war Boska, „unser Captain Boska“, der vollstümliche Wohltäter der Nation. In ganzen Schiffsladungen brachte er amerikanische Lebensmittel ins Land, deren Einfuhr ihm und keinem anderen bewilligt wurde. Es waren nicht eben billige Lebensmittel und die oppositionelle Presse begann leise zu murren. Aber der Chor der Uebernationalen schrie nie nieder: „Wie, noch Undank gegen unseren Wohltäter?“ — „Aber der Wohltäter macht Privatgeschäfte; er wird reich an uns.“ — „Er, Boska, der Dollar-Millionär! Er braucht uns nicht! Wir brauchen ihn! Laßt den praktischen, großzügigen Amerikaner nur Geschäfte machen! Wenigstens bereitet er uns aus den Händen der Wiener Banken und des deutschen Handels!“

Großzügig war Boska allerdings und praktisch war er auch, soweit eine Person im Spiele war. Er legte die Grundlagen des tschechoslowakischen Amtes für Außenhandel und nützte es dann für seine Geschäfte aus, er begründete die „Czechoslovak Commercial Corporation of America“ mit zehn Millionen Aktientkapital, das kurz darauf verdoppelt wurde, und schuf ihr eine Schwesteranstalt in New York wie ein Zweigunternehmen in Brunn, er begründete die „Nutra“-Gesellschaft mit dreißig und die Prager Autodroschen-Gesellschaft mit fünfundsiebenzig Millionen Kronen, er kaufte Häuser und er projektierte eine tschechoslowakische See-Schiffahrtsgesellschaft. Dabei war ihm seine Vollstümlichkeit gleichermäßen dienlich wie die politische Konjunktur, die die Tschechoslowakei als Kiebling der ganzen Welt erscheinen ließ und tschechnationalen Unternehmungen die reichsten Dividenden verhieß. Geld floß ihm von allen Seiten zu; man drängte es ihm auf und war glücklich, wenn er es nahm. Die 500-Kronen-Aktien der „Czechoslovak Commercial Corporation“ wurden ihm zu 700 aus den Händen gerissen und wirbelten an der Börse bis 1800 hoch. Ende 1919, fünf Monate nach der Gründung, zahlte die Gesellschaft zwölf Prozent Dividende. Aber schon bis zur nächsten Generalversammlung hatte sich das Blatt gewandt. Die Bilanz des Jahres 1920 schloß mit einem Fehlbetrage von 7½ Millionen; mehr als ein Drittel des Aktientkapitals war dahin, die Aktien stürzten auf die Hälfte ihres Nominalwerts und Boska mußte die Präsidentenstelle des Aufsichtsrates niederlegen. Noch hatte er